

Das sind die Rezepte der Parteien

Mehr Geld für die Prämienverbilligung, Abstriche bei den Leistungen: Gegen den Prämienchock gibt es in Ausserrhoden verschiedene Ideen.

Jesko Calderara

In kaum einem Kanton steigen die Krankenkassenprämien nächstes Jahr so stark wie in Ausserrhoden. Das Wachstum beträgt über zehn Prozent, wie kürzlich bekannt wurde. Allerdings gibt es auch im Appenzellerland zwischen den Krankenkassen erhebliche Unterschiede (siehe Grafiken). Die Frage, ob der Kanton angesichts der Prämienexplosion mehr Geld für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) bereitstellen soll, ist umstritten. Dies zeigt eine Umfrage bei einigen Parteien.

SVP fordert Abstriche beim Leistungskatalog

Für die SVP löst die Erhöhung der Mittel für die Prämienverbilligung das Problem der hohen Gesundheitskosten nicht. SVP-Präsident Anick Volger bezeichnet diesen Lösungsansatz als «Pfästerlipolitik». Einerseits seien IPV-Bezüger bereits entlastet, andererseits würden so die überbordenden Kosten einfach auf die Steuerzahler umgelagert. «Auch der Kanton muss seine Mittel generieren, was neue Sparpakete und höhere Steuern bedeuten würde», gibt Volger zu bedenken.

Für kostendämpfende Massnahmen kann nach Ansicht der SVP vor allem der Bund an den «grossen Zahnrädern» drehen. Volger erwähnt als Beispiel den Leistungskatalog der Grundversicherung. Dieser müsse wieder mehr auf die Grundversorgung ausgerichtet sein, dafür sollten im Gegenzug Leistungen stärker über die Zusatzversicherung abgerechnet werden. «Heute werden all jene abgestraft, welche eigenverantwortlich handeln und bereits alle Sparoptionen ausgereizt haben», so Volger.

Beim Kanton sieht die SVP nur beschränkte Möglichkeiten. Insbesondere bei der Spitalplanung habe die Regierung Verantwortung übernommen und sei auf gutem Wege, findet Volger. Angesichts des Ärztemangels in vielen Regionen könnten der Kanton und die Gemeinden die hausärztliche Versorgung stärken. Das würde gemäss dem SVP-Präsidenten die teuren Spitalstrukturen entlasten und somit die Kosten senken.

SP plant Initiative zur IPV

Klar für ein stärkeres finanzielles Engagement des Kantons bei der IPV spricht sich die SP aus. Die Partei ist gar dabei, dazu eine entsprechende Initiative zu erarbeiten, wie Kantonalpräsident Jens Weber bestätigt. Mit dem Volksbegehren soll der Anspruch auf IPV-Gelder in Ausserrhoden auf mehr Personen erweitert werden. Die Sozialdemokraten schlagen zudem vor, zusätzliche Mittel dafür zu investieren sowie die Anmeldung der Berechtigung und den Bezug zu vereinfachen. Über die Details der geplanten Initiative will die SP zu gegebener Zeit informieren.



2024 werden die Krankenkassenprämien um über 10 Prozent steigen. Grund dafür sind die hohen Gesundheitskosten. Bild: C. Beutler/Keystone

Krankenkassenprämien 2024 in Innerrhoden

Ausgewiesen werden die Prämien für Erwachsene (ab 26 Jahren, in Franken/Monat) bei einer Franchise von 300 Franken.

Prämie	Krankenkasse	Veränderung zum Vorjahr (Fr.)
377.60	Vivano Sympany	-16.80
370.90	SLKK	0.00
379.50	Sumiswalder	0.00
407.90	Mutuel	0.00
374.60	Swica	3.00
367.20	Assura	17.50
398.50	Rhenusana	19.00
427.80	EKG	19.30
352.70	Sanitas	20.30
359.50	Atupri	20.30
370.20	ÖKK	21.40
375.80	Concordia	22.90
383.70	Vita Surselva	23.85
417.40	Easy Sana	27.90
381.30	CSS	28.80
405.40	Sana24	29.70
362.90	KPT	30.00
413.20	Visana	31.70
373.70	Agrisano	34.00
434.50	Aquilano	35.90
404.60	Supra	37.20
412.35	Klug	37.95
413.00	Helsana	40.00
441.30	Vivacare	43.20
417.50	Galenos	46.40
419.10	Philos	46.50
456.10	Avenir	46.50

Quelle: BAG/Grafik: stb

Krankenkassenprämien 2024 in Ausserrhoden

Ausgewiesen werden die Prämien für Erwachsene (ab 26 Jahren, in Franken/Monat) bei einer Franchise von 300 Franken.

Prämie	Krankenkasse	Veränderung zum Vorjahr (Fr.)
333.30	Avenir	0.00
299.60	KPT	18.10
295.30	Agrisano	19.90
304.50	Sumiswalder	19.90
347.60	Vivao Sympany	22.30
312.60	EKG	23.80
309.20	Concordia	24.30
309.40	Rhenusana	26.30
309.20	Vita Surselva	26.60
397.40	Galenos	32.20
388.70	Vivacare	33.30
324.90	Sanitas	34.20
328.00	Assura	34.70
329.30	Aquilano	37.00
355.20	Sana24	37.00
341.80	Swica	38.90
332.70	ÖKK	40.00
375.50	Helsana	40.90
344.80	CSS	41.90
372.90	Visana	42.30
376.30	Mutuel	46.50
393.20	Easy Sana	46.50
440.00	Atupri	51.00
364.70	Supra	51.10
380.00	Philos	66.00
342.60	Klug	68.00
384.00	SLKK	80.60

Quelle: BAG/Grafik: stb

sowie Fehlanreize geradestehen müssen», findet Aggeler. Die Politik habe bislang versagt, nun müsse das Volk direkt Gegensteuer geben. Die Kostenbremse-Initiative seiner Partei hält der Vizepräsident der Mitte für eine wirksame Lösung, um die Prämien nachhaltig zu senken. Das Volksbegehren verlangt, dass Bundesrat, Bundesversammlung und Kantone künftig eingreifen müssen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zur Lohnentwicklung zu stark steigen.

EVP sieht keine kurzfristigen Lösungen

Gross ist der Handlungsbedarf bei den Gesundheitskosten auch für die EVP AR. Die Prämienverbilligung hält EVP-Präsident Mathias Steinhauer allerdings nur für «Symptombekämpfung in einem offenbar nicht reformierbaren System». Seit Jahren sei die Politik auf Bundesebene nicht in der Lage, notwendige Entscheide zu fällen.

Die EVP fördert in ihrer Stellungnahme zudem, dass die Konsumentinnen und Konsumenten von Gesundheitsleistungen die Frage nach der Selbstbeschränkung stellen. Dies beinhaltet unter anderem Bezug von Leistungen und ein Verzicht auf Sofortlösungen für Bagatellen, sagt Steinhauer. Als weitere Massnahmen zur Senkung der Gesundheitskosten nennt er unter anderem die Reduktion der Anzahl Spitäler, eine koordinierte Spitalplanung, eine Senkung der Medikamentenpreise und eine Zusammenführung von Krankenkassen.

Diese Aufzählung zeige, dass in diesem lobbygetriebenen Geschäft wohl keine schnellen Lösungen möglich seien, so Steinhauer. Die Prämienverbilligungen werden seiner Meinung nach durch die Unreformierbarkeit des Systems zum einzigen kurzfristigen Mittel, um etwas Entlastung zu schaffen. «Einige Millionen mehr im Verbilligungstopf nutzen kurzfristig allerdings nichts», sagt der EVP-Präsident. Zuerst müssten Schwächen beim Zugang zur IPV und deren Berechnung im Kanton auf gesetzlicher Ebene behoben werden.

Darauf weist die EVP nach eigenen Angaben schon länger hin. Bisher habe der Regierungsrat diese Anliegen nicht freiwillig aufgenommen und so wird es wohl nur über einen konkreten parlamentarischen Vorstoss gehen. Ideen dazu würden bestehen und erste Diskussionen seien am Anlaufen, sagt Steinhauer.

Für die einkommensschwächere Bevölkerungsschicht, die aufgrund der zusätzlichen Kosten bei Mieten, Krankenkasse und Energie in Not gerät, gibt es für die EVP als kurzfristige Entlastung nur die Sozialhilfe. Dort gäbe es die Richtlinien der SKOS und dann brauche es den Mut der Betroffenen, bei den Gemeinden anzuklopfen, sagt Steinhauer.

soziale Wohnungsbau und ein Mindestlohn einen positiven Effekt auf Wenigverdienende hätten. «Solche Vorstösse sind in der Ausserrhoder Politik bisher aber auf taube Ohren gestossen», sagt Weber. Für die Einführung eines kantonalen Mindestlohns hat die SP vor kurzem eine Petition eingereicht. Die Regierung hat sich aber gegen die Forderung ausgesprochen.

Mitte setzt auf Kostenbremse-Initiative

Nach Einschätzung der Mitte AR wird es darauf hinauslaufen, dass zur Entlastung der Schwächeren und des Mittelstandes etwas mehr Geld für die Prämienverbilligung eingesetzt wird. «Wichtig ist jedoch, die Prozes-

se so zu gestalten, dass die zur Verfügung stehenden Mittel wirklich den Betroffenen zugutekommen», sagt Mitte-Vizepräsident Glen Aggeler. In den vergangenen Jahren seien jeweils nicht alle IPV-Gelder abgeholt worden. Aggeler verweist in diesem Zusammenhang auf Gesundheitsdirektor Yves Noël Balmer, der für dieses Jahr diesbezüglich Verbesserungen in Aussicht stellte.

Bei den Gesundheitskosten sieht die Mitte AR alle Akteure in der Pflicht. Die Diagnose sei bekannt, jetzt müsse die Therapie folgen, schreibt die Partei. Aggeler erwähnt als Beispiel die Medikamente, für die in der Schweiz teilweise der fünffache Preis wie im Ausland bezahlt

werden muss. Das koste die Prämienzahlenden 400 Millionen Franken pro Jahr. Sparpotenzial gibt es laut Aggeler auch bei den Operationen. So würden zahlreiche Eingriffe stationär statt ambulant durchgeführt, was eine Milliarde Franken koste.

In diesen Bereichen ist für die Mitte unter anderem der Kanton gefordert, indem dieser etwa die Bevölkerung zur Selbstverantwortung aufruft und wo möglich Angebote der Prävention bereitstellt. «Es kann nicht sein, dass das Gesundheitswesen zu einer Selbstbedienungs-Kasse für Leistungserbringer verkommt und die Versicherten für politisch verschuldete Verschwendung

ANZEIGE

Der neue **Kia Sorento**

Standorte:
 • Appenzell
 • Oberwil
 • Zi-Garage St. Gallen AG

hirn
 autoverleiher

www.hirn.ch